

BERND MARIN

Ende oder Anfang der Geisterfahrt?

Bei jedem Wahlergebnis wird weiter regiert und reformiert werden müssen. International steht Austria gut da. Weil es aber immer noch besser gehen könnte: Wo sind Schwächen? Wo Chancen auf



more value for money, etwa in Beschäftigungs-, Familien- und Sozialpolitik? Zentral ist das NAP-Ziel 100.000 neue Jobs und ein Prozent weniger Arbeitslose: Gelingt das, geht alles andere viel leichter. Sozialverträglicher Sozialumbau geht nur im Boom: Gleich beginnen und Wahlkampf-Geisterfahrten beenden!

Wir brauchen mehr Beschäftigte und weniger Arbeitslose und höhere Aktivitätsraten. Österreichs Problem ist Nichtbeschäftigung - *Erwerbslosigkeit, nicht Arbeitslosigkeit*. Wir haben viel zu viele Erwerbslose im Erwerbsalter - Hunderttausende Frührentner, Invaliditäts- und Berufsunfähigkeitspensionisten, Hausfrauen ohne Kinder (im Haus), überlang Studierende, Studienabbrecher oder BerufsausstiegerInnen mit teurem

Gratis-Studienabschluss ohne Wiedereinstiegschancen - inhumane Humankapitalvernichtung großen Stils. Kaum die Hälfte der Bevölkerung arbeitet, die Mehrheit ist Teil der *Versorgungsklassen* am Tropf staatlicher Transfers - Notstandshilfebezieher sind zuletzt gemeint.

Vielmehr reicht das von gebührenfreien Unis bei vermögensunabhängigem Kindergeld für erwachsene Studierende über Alleinverdienerabsetzbeträge und Mitversicherung auch kinderloser Gattinnen betuchter Ehemänner über höhere Witwen - als Eigenpensionen von Frauen bis hin zu

fast 90 Prozent Frühpensionen (über 75 Mrd. jährlich).

Beitragsfreies Muttergeld für Karenz und Hausfrau-entpension oder ein Inländerkinderscheck um 45 Mrd. S wären eine neue Versorgungssäule mit un-absehbaren (Pensions-)Folgekosten. Studierende sind längst größtenteils erwerbstätig. Kritisch hingegen die *Pensionen im Erwerbsalter*: Bis 70 Prozent Invaliditäts- und Berufsunfähigkeitspensionen kosten mehr als die gesamte Arbeitslosigkeit! Kritisch die hohe *Hausfrauenquote* bei rückläufiger Geburtenzahl: Kommen in Europa auf einen Arbeitslosen drei inaktive Männer und sechs erwerbslose Frauen, so sind es in Österreich acht erwerbslose Frauen!

Immer noch sind fast zwei von fünf Frauen außerhalb des Erwerbslebens, obwohl vier von fünf jungen Frauen einen Beruf beginnen - unsere *Drop-out-Raten nach der Babypause* gehören zu den weltweit höchsten. Der *gender-overhang* ist rund 400.000 fehlende Frauenjobs. Wir haben seit 1960 die *schwächste Frauenerwerbsdynamik* und sind von Platz zwei der kinderreichen „Trümmerfrauen“-Generation auf Rang 14 von 21 OECD-Ländern abgerutscht, hinter Portugal - zur Zeit 35 - 45 Jahre hinter Skandinavien, Nordwest- und Zentraleuropa.

Demographisch stark steigende *dependency ratios* nach 2010 machen die Steigerung der Erwerbsquoten zur obersten Priorität und *jedwede* Alimentierung beitragsfreier Erwerbslosigkeit oder

fast abschlagsfreier freiwilliger Frühpensionen zum not-to-do.

In keinem Land werden Familien unabhängig davon, ob sie es brauchen oder mitfinanzieren(!), mit Hunderttausenden Schilling jährlich subventioniert - von Schülerfreifahrten bis zu künstlicher Befruchtung kinderloser Paare.

Im Westen gibt es individuelle statt eheabhängiger Rechte, erwerbsbezogene statt beitragsfreier Familienleistungen, *work first* statt Unterstützung freiwillig erwerbsloser Hausfrauen, *Income-Supplements* oder *Earned-Income-Tax-Credits* statt Mutterkreuz ohne Wenn und Aber. Neue Jobs werden künftig nur noch im Servicesektor, 75-Prozent-Domäne der Frauen, entstehen. Sie kostspielig aus dem Arbeitsmarkt hinauszufördern gefährdet den Weg zur Dienstleistungswirtschaft. Wir leiden am alten *Sozial-Zahlstaat* mit teils überversorgenden Transfers. Neue ungedeckte (!) Ansprüche einzuführen, statt moderne Dienste (und Jobs) aufzubauen, ist *altrechte Sozialromantik*. Zeitgemäß wären weniger Geld- als Sach- und Dienstleistungen in Kinderbetreuung, Bildung, Gesundheit; weniger Konsum, mehr Investitionen; weniger Einkommensgarantien, als einkommensgetestete und arbeitsabhängige Unterstützungen plus bedarfsbezogene Mindestsicherungen.

Die EU-Kommission hat eine *Individualisierung von Sozialrechten aus Arbeit* statt abgeleiteter Ansprüche aus Ehe oder Witwenstatus empfohlen. Abgeleitete Rechte sind sehr teuer (zum Beispiel plus 35 Prozent Pensionskosten), bevorzugen Wohlhabende, sind riskant bei Jobverlust, Berufsunfähigkeit des Alleinverdieners oder Trennung - und behindern Frauen am Erwerb.

Fast überall im Westen daher Abkehr vom „single-bread-winner“-Modell mit „family-wage“; Rechte werden individualisiert und erwerbsbezogen oder am Bürgerstatus festgemacht; Prämien für „non-working wives“ und „welfare mothers“ eingespart; ein Nebeneinander von Beruf und Familie und außerhäusliche Kinderbetreuung forciert; der Funktionsverlust der Ehe durch sozialen Schutz ausgeglichen; „equal employability“ und „Wiedereinstiegsförderung für Frauen nach Berufsunterbrechung durch Babypause“ groß geschrieben.

Wir aber zahlen 93 Prozent direkter Familienförderung für Berufsausstieg. Kapitalismus und real existierende Familien sind anders. Daher keine noch so sanften altrechtlichen Einstiegsdrogen in den Ausstieg; und kein linkskonservatives Njet zu nachhaltigem Sozialumbau.

Bernd Marin ist Direktor des europäischen Zentrums in Wien. Foto: Andy Urban